S 14 KR 733/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Arbeitsunfähigkeit Krankengeld Nahtlosigkeit Überschneidung
Leitsätze	1. Die Versicherungspflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 SGB V bei Bezug von Arbeitslosengeld ist grundsätzlich vorrangig gegenüber der Versicherung in der Krankenversicherung der Rentner nach § 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V . 2. Für den Fortbestand der Mitgliedschaft nach § 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V ist eine Überschneidung der Krankengeldansprüche nicht erforderlich. Für den Fortbestand des Versicherungsschutzes ist es demnach erforderlich, aber auch ausreichend, dass sich die Krankengeldansprüche nahtlos aneinander anschließen. Eine Erstbescheinigung einer Arbeitsunfähigkeit am Folgetag des Endes einer vorangegangenen Arbeitsunfähigkeit ist ausreichend. 3. § 46 Sätze 2 und 3 SGB V erfasst nicht die Fälle des Anschlusses einer Arbeitsunfähigkeit wegen einer neuen Krankheit.
Normenkette	SGB V § 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V § 44 Abs. 1 SGB V § 46 (i.d.F vom 06.05.2019) SGB V § 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V § 5 Abs. 1 Nr. 2
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 14 KR 733/20
Datum	12.10.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 KR 495/20
Datum 10.06.2021

3. Instanz

Datum -

Â

I. Auf die Berufung des KlÃ¤gers wird der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Regensburg vom 12. Oktober 2020 aufgehoben und die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 19. Dezember 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 2. April 2020 verurteilt, dem KlÃ¤ger Krankengeld Ã¼ber den 8. September 2019 hinaus bis einschlieÃ¼lich 9. Dezember 2019 zu zahlen.

II. Die Beklagte trÃ¤gt die auÃ¼rgerichtlichen Kosten des KlÃ¤gers.

III. Die Revision wird zugelassen.

T a t b e s t a n d :

Streitig ist die Zahlung von Krankengeld Ã¼ber den 08.09.2019 hinaus bis 09.12.2019.

Der 1964 geborene KlÃ¤ger und BerufungsklÃ¤ger war ab 05.04.2019 bei der Beklagten und Berufungsbeklagten Ã¼ber den Bezug von Arbeitslosengeld I durch die Beigeladene versichert. Er bezieht inzwischen eine Erwerbsminderungsrente.

Der KlÃ¤ger erkrankte am 10.01.2019 nach Exazerbation einer seit 2009 bekannten exogen allergischen Alveolitis im Dezember 2018 und bezog bis 05.04.2019 von der Beklagten und Berufungsbeklagten Krankengeld mit den Ausgangsdiagnosen Thoraxschmerz, Kopfschmerz, StÃ¶rung der Atmung und akute Tonsillitis, im weiteren Verlauf einer Neurasthenie. Mit Bescheid vom 27.03.2019 stellte die Beklagte den Bezug von Krankengeld ab 05.04.2019 ein. BestÃ¤tigt wurde dies durch eine Stellungnahme vom 11.04.2019 und ein Kurzgutachten des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) vom 17.04.2019, nach der noch eine leichte kÃ¶rperliche TÃ¤tigkeit zumutbar sei. Es bestÃ¼nden eine exogene allergische Alveolitis mit intermittierend obstruktiver VentilationsstÃ¶rung, darÃ¼berhinaus ein Kopfschmerz, Leistschmerz, eine Synovialzyste im Bereich der Kniekehle (Baker-Zyste), ein Thoraxschmerz ohne organisches Korrelat, eine Lymphknotenschwellung am Hals sowie ein Verdacht auf eine hypochondrische StÃ¶rung. Den Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 24.10.2019 zurÃ¼ck.

Vom 10.06. bis 01.07.2019 befand sich der KlÃ¤ger in einer stationÃ¤ren RehabilitationsmaÃ¼nahme im N Klinikum B. Er wurde arbeitsunfÃ¤hig entlassen

â□□ vorÃ¼bergehend auch wegen pneumologischer EinschrÃnkungen; eine ArbeitsfÃhigkeit sei aber innerhalb von vier Wochen zu erwarten (Reha-Entlassungsbericht vom 22.07.2019). Der OrthopÃde K stellte mit Erstbescheinigung vom 02.07.2019 ArbeitsunfÃhigkeit wegen einer Baker-Zyste, WirbelsÃulenbeschwerden und Meniskusschaden zunÃchst voraussichtlich bis 19.07.2019 fest. Weitere AU-Bescheinigungen liegen bis 09.12.2019 vor. Vom 02.07.2019 bis 12.08.2019 leistete die Bundesagentur fÃr Arbeit (Beigeladene) Arbeitslosengeld im Rahmen der Leistungsfortzahlung. Wegen bescheinigter ArbeitsunfÃhigkeitszeiten bezog der KlÃger von der Beklagten Krankengeld bis 08.09.2019.

Mit Erstbescheinigung vom 09.09.2019, ausgestellt vom Praxiszentrum M, wurde ArbeitsunfÃhigkeit vom 09.09. bis 27.09.2019 festgestellt wegen einer SomatisierungsstÃrung (F45.0 G) und einer allergischen Alveolitis (J67.9 G). Folgebescheinigungen wegen ArbeitsunfÃhigkeit folgten bis 09.12.2019. Ab dem 10.12.2019 stellte sich der KlÃger der Beigeladenen wieder wegen einer Arbeitsaufnahme zur VerfÃgung.

Die Beklagte teilte der Beigeladenen mit Schreiben vom 12.09.2019 mit, dass der KlÃger vom 02.07. bis 08.09.2019 arbeitsunfÃhig erkrankt sei; bei der ArbeitsunfÃhigkeit ab 09.09.2019 handele es sich um eine neue Krankheit mit entsprechendem neuen Leistungsfortzahlungsanspruch. Der KlÃger erhob Widerspruch; im Widerspruchsverfahren teilte die Beigeladene der Beklagten mit, dass Leistungsfortzahlung bereits bis 12.08.2019 gewÃhrt worden sei. Eine andere Erkrankung wÃrde keinen neuen Anspruch auf Leistungsfortzahlung auslÃsen. Den Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 24.10.2019 zurÃck. Hiergegen ist seit 05.11.2019 eine Klage am Sozialgericht Regensburg anhÃngig (S 14 KR 1439/19).

Im einem Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes vor dem Sozialgericht Regensburg (S 14 KR 1437/19 ER) vom 05.11.2019 beehrte der KlÃger ab sofort Krankengeld, da er seit 09.09.2019 kein Krankengeld erhalte. Das Sozialgericht lud mit Beschluss vom 29.11.2019 die Bundesagentur fÃr Arbeit, NÃrnberg, notwendig bei und lehnte ebenfalls mit Beschluss vom 29.11.2019 den Antrag auf GewÃhrung von Krankengeld ab. U.a. fehle es an einem Anordnungsanspruch, denn es liege tatsÃchlich bisher kein Bescheid der Antragsgegnerin vor, aufgrund dessen dem Antragsteller das Krankengeld eingestellt worden sei. Die Beschwerde wies das Bayer. Landessozialgericht mit Beschluss vom 05.03.2020 zurÃck (L [4 KR 35/20](#) B ER).

Die Beklagte holte einen Befundbericht der Internisten P/K1/S vom 01.08.2019 ein. Mit Bescheid vom 19.12.2019 zur ArbeitsunfÃhigkeit ab 09.09.2019 fÃhrte die Beklagte aus, dass der Krankengeldbezug und somit die Mitgliedschaft bei der Beklagten am 08.09.2019 geendet hÃtten. Ab 09.09.2019 werde die Mitgliedschaft aufgrund des gestellten Rentenantrags fortgefÃhrt. Am 09.09.2019 habe keine Mitgliedschaft mit Krankengeldanspruch vorgelegen.

Den hiergegen eingelegten `ÃberprÃfungsantrag` legte die Beklagte als Widerspruch aus, den sie mit Widerspruchsbescheid vom 02.04.2020 zurÃckwies.

Der Klager sei bis 08.09.2019 aufgrund der Diagnosen "Sonstige Spondylose mit Radikulopathie: Lumbalbereich, Synovialzyste im Bereich der Kniegelenke, Meniskusriss akut, sonstige Meniskusschädigungen" arbeitsunfhig. Die Mitgliedschaft habe somit aufgrund des Anspruchs auf Krankengeld bis zu diesem Datum fortbestanden. Am 09.09.2019 sei die Feststellung der Arbeitsunfhigkeit mit Erstbescheinigung aufgrund anderer Diagnosen (Somatisierungsstrung, allergische Alveolitis durch nicht näher bezeichneten Staub) erfolgt. Die Mitgliedschaft habe somit nur bis 08.09.2019 fortbestanden. Ab 09.09.2019 werde die Versicherung bis 09.12.2019 als Rentenantragsteller fortgefhrt. Rentenantragsteller seien wie Rentner nur dann mit einem Anspruch auf Krankengeld versichert, wenn sie aus einer neben dem Rentenbezug ausgeübten Beschäftigung oder Tätigkeit Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen erzielt htten, das der Beitragsbemessung unterliege. Dies sei beim Klager nicht der Fall.

Hiergegen hat der Klager fristgerecht Klage zum Sozialgericht Regensburg erhoben. Ihm stehe jedenfalls für die Arbeitsunfhigkeit ab 09.09.2019 ein Krankengeld zu. Es komme nicht darauf an, ob es sich um dieselbe Krankheit wie in dem Zeitraum der Arbeitsunfhigkeit ab 02.07.2019 handele oder um eine andere Krankheit.

Das Sozialgericht hat mit Beschluss vom 03.09.2020 die Bundesagentur für Arbeit zu dem Verfahren notwendig beigeladen. Diese hatte im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes gegenüber dem Senat mitgeteilt, dass nach Meldung der Arbeitslosigkeit am 04.04.2019 mit Bescheid vom 08.05.2019 Arbeitslosengeld vom 05.04.2019 bis 14.03.2020 bewilligt worden sei. Nachdem der Klager ab dem 10.06.2019 eine Reha-Maßnahme mit Übergangsgeld begonnen habe, sei mit Bescheid vom 04.06.2019 das Arbeitslosengeld ab dem 10.06.2019 aufgehoben worden. Im Anschluss sei mit Bescheid vom 06.08.2019 ab dem 01.07.2019 bis zum 05.04.2020 das Arbeitslosengeld weiterbewilligt worden. Nachdem der Klager ab dem 02.07.2019 arbeitsunfhig erkrankt gewesen sei, habe die Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall zum 12.08.2019 geendet. Das Arbeitslosengeld sei daher mit Bescheid vom 26.08.2019 ab dem 13.08.2019 aufgehoben worden. Der Klager habe dann Krankengeld bezogen. Nachdem sich der Klager zum 10.12.2019 erneut arbeitslos gemeldet und Arbeitslosengeld beantragt habe, sei ihm dieses mit Bescheid vom 17.12.2019 für den Zeitraum vom 10.12.2019 bis 01.08.2020 bewilligt worden. Da er jedoch erneut ab dem 10.12.2019 erkrankt sei, sei das Arbeitslosengeld ab dem 21.01.2020 wieder aufgehoben worden. Eine Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall komme für den streitigen Zeitraum ab 09.09.2019 nicht in Betracht, da der Klager vor dem 09.09.2019 nicht im Leistungsbezug seitens der Beigeladenen gestanden habe und auch nicht erneut arbeitslos gemeldet gewesen sei, da er bis 08.09.2019 auch arbeitsunfhig gewesen sei. Die vorherige Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall habe zum 12.08.2019 geendet.

Das Sozialgericht hat die Klage mit Gerichtsbescheid vom 12.10.2020 abgewiesen und zur Begründung auf die Ausführungen im Widerspruchsbescheid verwiesen. Darüber hinaus sei anzumerken, dass der Klager unwidersprochen in der KVdR

gemäß [Â§ 5 Abs. 1 Nr. 11](#) des FÃ¼nften Buchs Sozialgesetzbuch (SGB V) versichert gewesen sei. Diese Versicherungsart enthalte gemÃ¤Ã [Â§ 44 SGB V](#) keinen Krankengeldanspruch. Die Beklagte habe schon darauf hingewiesen, dass diejenigen, die in der KVdR versichert seien, nur dann Anspruch auf Krankengeld hÃ¤tten, wenn sie ein Regelentgelt aus einer ErwerbstÃ¤tigkeit neben dem Rentenbezug erzielten (BSG [NZZ 2008, 313](#)). Das sei beim KlÃ¤ger jedoch nicht der Fall. Es bleibe somit beim Ende der Mitgliedschaft zum 08.09.2019. Ein Krankengeldanspruch kÃ¶nne dann im streitgegenstÃ¤ndlichen Zeitraum nicht mehr entstehen.

Gegen den am 19.10.2020 zugegangenen Gerichtsbescheid hat der KlÃ¤ger am 16.11.2020 Berufung zum Bayer. Landessozialgericht eingelegt. Zur BegrÃ¼ndung hat der ProzessbevollmÃ¤chtigte mit Schriftsatz vom 28.01.2021 vorgebracht, es werde verkannt, dass beim KlÃ¤ger dasselbe Krankheitsgeschehen die ArbeitsunfÃ¤higkeit in der Zeit bis 08.09.2019 und in der Zeit ab 08.09.2019 verursacht hÃ¤tte. Es bestehe gemÃ¤Ã [Â§ 46 Satz 1 Nr. 1 und Satz 3 SGB V](#) in der ab 11.04.2019 geltenden Fassung ein Versicherungsschutz mit Krankengeldanspruch ab 09.09.2019. Er hat ausgefÃ¼hrt, dass die ArbeitsunfÃ¤higkeitsbescheinigung ihrer beweisrechtlichen Natur nach ein stets vorlÃ¤ufiges und korrigierbares medizinisches Gutachten darstelle, das neben anderen Beweismitteln frei zu wÃ¼rdigen und in die Gesamtheit der im Einzelfall relevanten Aspekte einzuordnen sei. Festzustellen bleibe, dass der KlÃ¤ger die materiell-rechtliche Wirkung des [Â§ 46 Satz 1 Nr. 2 SGB V](#) am 09.09.2019 herbeigefÃ¼hrt habe, nachdem die letzte ArbeitsunfÃ¤higkeitsbescheinigung mit Ablauf des 08.09.2019 ihre Wirkung verloren hatte. Weiter bleibe festzuhalten, dass eine durchgehende Erkrankung selbst bei falscher Einordnung durch den die ArbeitsunfÃ¤higkeit feststellenden Arzt nicht entfallen wÃ¼rde. Es sei deshalb aufzuklÃ¤ren, ob der KlÃ¤ger in der streitgegenstÃ¤ndlichen Zeit wegen derselben Erkrankung arbeitsunfÃ¤hig krank gewesen sei, die bereits zur ArbeitsunfÃ¤higkeit in der Zeit bis zum 08.09.2019 gefÃ¼hrt hatte. Der KlÃ¤ger leide nicht an Krankheiten, die nicht âon einem Tag auf den anderenâ geheilt oder so erheblich gebessert werden kÃ¶nnten, dass sie ab dem 09.09.2019 nicht mehr arbeitsunfÃ¤higkeitsbegrÃ¼ndend gewesen sein kÃ¶nnten. Die bei der Akte befindlichen medizinischen Unterlagen seien insoweit sehr aussagekrÃ¤ftig.

Die Beklagte ist unter Verweis auf ihren Widerspruchsbescheid und der sozialgerichtlichen Entscheidung der Berufung entgegengetreten.

Auf die BeschlÃ¼sse des Sozialgerichts vom 02.03.2020 in dem Verfahren S 14 KR 51/20 ER (Ruhensbescheid vom 27.01.2020 bezÃ¼glich Krankengeldzahlung), vom 22.09.2020 in dem Verfahren S 14 KR 1096/20 ER (Auszahlung von Krankengeld seit dem 28.04.2020) und vom 14.10.2020 in dem Verfahren S 14 KR 1152/20 ER, verbunden mit S 14 KR 1178/20 ER (zum Krankengeld vom 18.09. bis 14.10.2020) wird verwiesen. Die Akten des Sozialgerichts wurden beigezogen.

Der Senat hat ferner den Reha-Entlassungsbericht der D vom 22.07.2019 Ã¼ber den stationÃ¤ren Reha-Aufenthalt vom 10.06. bis 01.07.2019 und einen Befundbericht des Allgemeinarztes E vom 09.06.2021 eingeholt. Letzterer hat

bescheinigt, dass bei ihm eine Behandlung des KlÄxgers zwischen 09.07.2019 und 06.07.2020 erfolgt sei. In diesem Zeitraum habe durchgehend ArbeitsunfÄxhigkeit bestanden. Die Befunde seien unverÄxndert gewesen. Soweit ihm bekannt sei, habe aber keine ArbeitsunfÄxhigkeit wegen der Diagnose der exogenen Alveolitis bestanden.

Die Beteiligten sind ferner auf das Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 10.05.2012 ([B 1 KR 19/11 R](#) â□□ juris) hingewiesen worden. Die Beklagte hat hierzu mit Schriftsatz vom 08.06.2021 Stellung genommen. ErgÄxnzend wird auch auf die Niederschrift der Sitzung vom 10.06.2021 verwiesen.

Der KlÄxger beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Regensburg vom 12.10.2020 aufzuheben und die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 19.12.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 02.04.2020 zu verurteilen, ihm Krankengeld Ä¼ber den 08.09.2019 hinaus bis 09.12.2019 zu gewÄxhren.

Ä Ä Ä

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄ¼ckzuweisen.

Zur ErgÄxzung des Sachverhalts wird auf den Inhalt der beigezogenen Akte der Beklagten, der Gerichtsakten des Sozial- sowie des Landessozialgerichts sowie der Klage- und Berufungsakte hingewiesen.

E n t s c h e i d u n g s g r Ä¼ n d e :

Die form- und fristgerecht ([Ä§Ä§ 143, 151](#) Sozialgerichtsgesetz â□□ SGG) eingelegte Berufung des KlÄxgers ist zulÄxssig und begrÄ¼ndet. Sie bedurfte nicht der Zulassung nach [Ä§ 144 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB V](#). Die Beklagte hat zu Unrecht einen Krankengeldanspruch nach dem 08.09.2019 verneint.

Der KlÄxger war wÄxhrend des Bezugs von Leistungen der Beigeladenen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) versicherungspflichtig nach [Ä§ 5 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#). Diese Versicherungspflicht ist gemÄxÄ□ [Ä§ 5 Abs. 8 Satz 1 SGB V](#) grundsÄxtzlich vorrangig gegenÄ¼ber der Versicherung in der KVdR nach [Ä§ 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V](#), wie sie durch den Antrag auf Erwerbsminderungsrente begrÄ¼ndet wurde. Die Mitgliedschaft des KlÄxgers in der Krankenversicherung der Arbeitslosen blieb aufgrund des Anspruchs auf Krankengeld in der Zeit vom 13.08. bis 08.09.2019 erhalten. Sie blieb nach Ä¼berzeugung des Senats jedoch auch Ä¼ber den 08.09.2019 hinaus aufrecht erhalten ([Ä§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#)), da sich dem bis 08.09.2019 bestehenden Anspruch auf Krankengeld ein weiterer Krankengeldanspruch, beruhend auf der Erstbescheinigung des Praxiszentrums M vom 09.09.2019, nahtlos anschloss.

Ä
Nach [Ä§ 44 Abs. 1 Satz 1 SGB V](#) haben Versicherte Anspruch auf Krankengeld, wenn die Krankheit sie arbeitsunfÄxhig macht oder sie auf Kosten der Krankenkasse

stationär in einem Krankenhaus, einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung behandelt werden. Ob und in welchem Umfang Versicherte Krankengeld beanspruchen können, bestimmt sich nach dem Versicherungsverhältnis, das im Zeitpunkt des jeweils in Betracht kommenden Entstehungszeitbestands für Krankengeld vorliegt (vgl. z.B. BSG, Urt. v. 11.05.2017, [B 3 KR 22/15](#)).

Der Anspruch auf Krankengeld entsteht nach [Â§ 46 Satz 1 SGB V](#) in der Fassung vom 06.05.2019, gültig ab 11.05.2019,

1. bei Krankenhausbehandlung oder Behandlung in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung von ihrem Beginn an,
2. im Übrigen von dem Tag der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit an.

Die Mitgliedschaft bei dem Krankenversicherungsträger endet mit Ablauf des letzten Tages, für das Arbeitslosengeld I bezogen wird ([Â§ 186 Abs. 2 a, 190 Abs. 12 SGB V](#)). Die Mitgliedschaft bleibt gemäß [Â§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) aber erhalten, solange ein Anspruch auf Krankengeld besteht. Damit verweist [Â§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) auf die Vorschriften über den Krankengeldanspruch, die ihrerseits voraussetzen, dass ein Versicherungsverhältnis mit Krankengeldanspruch vorliegt.

Der Kläger war unstreitig im Rahmen des Bezugs von Arbeitslosengeld I durch die Beigeladene bei der Beklagten mit Anspruch auf Krankengeld versichert ([Â§ 5 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#)). Die Beigeladene hatte im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes ausgeführt, dass dem Kläger zuletzt mit Bescheid vom 06.08.2019 ab dem 01.07.2019 bis zum 05.04.2020 Arbeitslosengeld I weiterbewilligt worden war. Nachdem der Kläger ab dem 02.07.2019 arbeitsunfähig erkrankt war, hat die Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall zum 12.08.2019 geendet. Das Arbeitslosengeld wurde daher mit Bescheid vom 26.08.2019 ab dem 13.08.2019 aufgehoben, wodurch aber das Versicherungsverhältnis nicht rückabgewickelt wird ([Â§ 146 Abs. 3 SGB III, Â§ 5 Abs. 1 Nr. 2 HS 2 SGB V](#); hierzu Ulmer, in: BeckOK Sozialrecht, [Â§ 5 SGB V](#) Rn. 9). Im Anschluss bezog der Kläger von der Beklagten Krankengeld bis 08.09.2019.

Für die Zeit ab 09.09.2019 ist zunächst festzuhalten, dass es vorliegend nicht um die Überbrückung des Fehlens einer nahtlosen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit bzw. um die Vermeidung von Lücken (KassKomm-Schifferdecker, SGB V, [Â§ 46 Rn. 20](#)) gemäß [Â§ 46 Satz 2 SGB V](#) geht (s.a. unten). Nach [Â§ 46 Satz 2 SGB V](#) bleibt der Anspruch auf Krankengeld jeweils bis zu dem Tag bestehen, an dem die weitere Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit ärztlich festgestellt wird, wenn diese ärztliche Feststellung spätestens am nächsten Werktag nach dem zuletzt bescheinigten Ende der Arbeitsunfähigkeit erfolgt; Samstage gelten insoweit nicht als Werktage. Auch der durch Art. 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 06.05.2019 ([BGBl. I 2019, 646](#)) mit Wirkung vom 11.05.2019 eingeführte [Â§ 46 Satz 3 SGB V](#) spielt hier keine Rolle: Danach bleibt der Anspruch auf Krankengeld für Versicherte, deren Mitgliedschaft nach [Â§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) vom Bestand des Anspruchs auf Krankengeld abhängig ist, auch dann bestehen, wenn die weitere Arbeitsunfähigkeit wegen

derselben Krankheit nicht am nächsten Werktag im Sinne von Satz 2, aber spätestens innerhalb eines Monats nach dem zuletzt bescheinigten Ende der Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird.

Unstreitig erfolgte vorliegend die Ausstellung der Arbeitsunfähigkeit am 09.09.2019, also dem Tag nach dem Ende der vorangegangenen Bescheinigung bis 08.09.2019. Vorrangig ist jedoch [Â§ 46 Satz 1 SGB V](#) zu prüfen, also die Frage, wann der konkrete Anspruch auf Krankengeld entstanden ist – gemäß Nr. 2 von dem Tag der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit an (1). In einem zweiten Prüfschritt ist zu klären, ob unter dieser Voraussetzung die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger (mit Anspruch auf Krankengeld) nach [Â§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) erhalten bleibt – nämlich vorliegend: – solange der Anspruch auf Krankengeld (–) besteht – (2).

Zu 1:

Am 09.09.2019 erfolgte eine Erstbescheinigung wegen Arbeitsunfähigkeit. Als Diagnosen sind enthalten eine Somatisierungsstörung (F45.0) und eine allergische Alveolitis durch nicht näher bezeichneten organischen Staub (J67.9). Es ist zwar zutreffend, dass sich Arbeitsunfähigkeitszeiten wegen der Diagnose J67.9 bereits in der Vergangenheit finden, zuletzt aber nicht im vorangegangenen Zeitraum vom 02.07.2019 bis 08.09.2019, sondern im Zeitraum 14.05.2019 bis 01.07.2019. Eine Somatisierungsstörung (F45.0) findet sich gemäß der Bescheinigung der Zeiten von Arbeitsunfähigkeit der Beklagten vom 09.10.2019 im Zeitraum von 2008 bis 2019 sogar erstmalig am 09.09.2019.

Der Krankengeldanspruch ist somit am Tag der ärztlichen Feststellung, hier also am 09.09.2019, entstanden, [Â§ 46 Satz 1 SGB V](#).

Zu 2:

Da der Anspruch auf Krankengeld bis zum 08.09.2019 zugunsten des Klägers über [Â§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) auch nach Ende des Bezugs von Arbeitslosengeld I fortbestand, ist entscheidend, ob ein Fortbestehen der Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger nach [Â§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) anzunehmen ist oder ob hier zwischen dem 08. und 09.09.2019 eine Unterbrechung eingetreten ist mit der Folge, dass der Kläger in der KVdR ohne Anspruch auf Krankengeld versichert ist ([Â§ 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V](#)). –

Das LSG Berlin-Brandenburg hat in seiner Entscheidung vom 22.05.2019 ([L 9 KR 94/18](#) – juris) die Ansicht vertreten, dass in dem dortigen Verfahren der Anspruch auf Krankengeld fortbesteht. Der Senat teilt die Auffassung des LSG Berlin-Brandenburg, wonach mit dem – Beginn der Behandlung – im Krankenhaus nicht gemeint ist, dass erst ab dem Zeitpunkt einer förmlichen Aufnahme in die Sachgesamtheit des Krankenhauses an diesem Tag ein Anspruch auf Krankengeld entsteht (siehe auch der Senat in: [L 4 KR 293/20](#), Urt. v. 12.05.2021). Gemeint ist vielmehr der Tag des Beginns der Krankenhausbehandlung in Abgrenzung zu anderen Tagen davor. Der Tag des Beginns der Aufnahme in das Krankenhaus ist

somit der ganze Tag, also ab dem Tagesbeginn (0.00 Uhr). Entsprechendes gilt in der vorliegenden Fallkonstellation. Wie das LSG Berlin-Brandenburg in der zitierten Entscheidung ausf¼hrt, zeigt dies nicht zuletzt die Regelung des [Â§ 47 Abs. 1 Satz 6 SGB V](#), wonach das Krankengeld f¼r Kalendertage gezahlt wird, der Krankengeldanspruch also nur f¼r ganze Kalendertage entsteht und besteht, d.h., unabh¼ngig davon, wann die Krankenhausbehandlung an dem Aufnahmetag beginnt.

Nach der Rechtsprechung des BSG setzt die Aufrechterhaltung der Besch¼ftigtenversicherung nach [Â§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) keine Åberschneidung von Besch¼ftigungsverh¼ltnis und Entstehung des Anspruchs auf die Sozialleistung voraus, sondern lediglich eine Nahtlosigkeit von Besch¼ftigung und Entstehung des Rechts auf die Sozialleistung, also die Entstehung des Anspruchs auf die Sozialleistung in unmittelbarem zeitlichen Anschluss an das Besch¼ftigungsverh¼ltnis (vgl. BSG, Urteil v. 10.05.2012, [a.a.O.](#), vor allem Rn. 15). Dies belegten andere Fallgestaltungen des [Â§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) (so z.B. die Formulierung: âAnspruch auf Krankengeld oder Mutterschaftsgeldâ in Nummer 2), so das BSG in der vorgenannten Entscheidung, in denen sich der Anspruch auf die Sozialleistung ohne Åberschneidung an das versicherungspflichtige Besch¼ftigungsverh¼ltnis anschlieÃt und dadurch die Mitgliedschaft aufrechterh¼lt. Dem entspreche auch die Rechtsprechung des BSG in F¼llen, in denen die Erhaltung der Mitgliedschaft Versicherter nach beendetem Besch¼ftigungsverh¼ltnis durch den Krankengeldbezug bei abschnittsweiser Bewilligung auf der Grundlage befristeter AU-Feststellungen ab dem zweiten Bewilligungsabschnitt allein auf der Nahtlosigkeit der Krankengeld-Bewilligung beruhe. Bei fortdauernder Arbeitsunf¼higkeit, aber abschnittsweiser Krankengeld-Bewilligung, k¼nnten sich die Krankengeld-Anspr¼che nur nahtlos aneinander anschlieÃen, nicht aber Åberschneiden. Die Rechtsfolge des [Â§ 46 Satz 1 Nr. 1 SGB V](#) stehe dem aufgezeigten Normverst¼ndnis des [Â§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) nicht entgegen.

Å

Ausgehend hiervon ist der Einwand, der hier geltend gemachte Anspruch auf Krankengeld Åber den 08.09.2019 hinaus scheitere daran, dass der Kl¼ger am 09.09.2019 nicht mehr mit einem Anspruch auf Krankengeld versichert gewesen sei, weil der mit Ablauf des 08.09.2019 endende Krankengeld-Bewilligungsabschnitt sich nicht mit dem auf [Â§ 46 Satz 1 Nr.1 SGB V](#) gest¼tzten Krankengeldanspruch ab dem 09.09.2019 Åberlappt habe, nicht tragf¼hig. Denn f¼r den Fortbestand der Mitgliedschaft nach [Â§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) ist eine Åberschneidung der Krankengeldanspr¼che nicht erforderlich. Dies verdeutlichen die vom BSG in oben erw¼hnter Entscheidung vom 10.05.2012 angesprochenen F¼lle, in denen die Mitgliedschaft Versicherter nach beendetem Besch¼ftigungsverh¼ltnis durch den Krankengeldbezug bei abschnittsweiser Bewilligung auf der Grundlage befristeter AU-Feststellungen nach [Â§ 192 Abs.1 Nr. 2 SGB V](#) fortbestand. Nach der bis 22.07.2015 geltenden Rechtslage waren die Versicherten gehalten, eine Folgekrankheitsbescheinigung sp¼testens am letzten Tag des G¼ltigkeitszeitraums der vorangegangenen AU-Bescheinigung zu erwirken. Dies war f¼r den Fortbestand der Mitgliedschaft nach [Â§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) ausreichend, obwohl der Anspruch auf Krankengeld

gemäß [Â§ 46 Satz 1 Nr. 2 SGB V](#) in der bis 22.07.2015 geltenden Fassung erst an dem Tag entstand, der auf den Tag der Ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit folgte und damit keine Überschneidung der Krankengeld-Bewilligungsabschnitte vorlag. Für den Fortbestand des Versicherungsschutzes nach [Â§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) ist es demnach erforderlich, aber auch ausreichend, dass sich die Krankengeldansprüche nahtlos aneinander anschließen. Eine solche Nahtlosigkeit liegt im vorliegenden Fall im Hinblick auf den bis 08.09.2019 bestehenden Krankengeldanspruch und den auf [Â§ 46 Satz 1 Nr. 2 SGB V](#) gestützten Anspruch ab 09.09.2019 â wie dargelegt â vor.

Somit kann die zwischen den Beteiligten streitige Frage offenbleiben, ob [Â§ 46 Sätze 2 oder 3 SGB V](#) greifen (siehe hierzu bereits oben), die jedoch nur diejenigen Fälle betreffen, bei denen es sich um `dieselbe Krankheit` handelt und ein Anspruch auf Krankengeld â bestehen bleibt â er betrifft also nur Folgebescheinigungen von Arbeitsunfähigkeiten. Erfasst sind somit nicht die Fälle des Anschlusses einer Arbeitsunfähigkeit wegen einer neuen Krankheit (s. bereits Bayer. Landessozialgericht, Urt. v. 14.05.2019, [L 4 KR 537/18](#)).

Nur ergänzend weist der Senat deshalb darauf hin, dass zwar eine exogene allergische Alveolitis beim Kläger seit 2009 bekannt war, allerdings waren weder eine F-Diagnose noch die exogene allergische Alveolitis als Grund für eine Arbeitsunfähigkeit in dem Zeitraum unmittelbar vor dem 09.09.2019 bescheinigt. Vor allem aus dem MDK-Kurzgutachten vom 17.04.2019, dem Ausdruck der Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeiten im Zeitraum von 2008 bis 2019, dem Befundbericht der P/K1/S vom 01.08.2018, dem Reha-Entlassungsbericht vom 22.07.2019 sowie dem Befundbericht des Allgemeinarztes E vom 09.06.2021 ergibt sich, dass unmittelbar vor dem 09.09.2019 keine Arbeitsunfähigkeit wegen einer exogenen allergischen Alveolitis und einer Somatisierungsstörung und damit nicht â dieselbe Krankheit â im Sinne des [Â§ 46 S. 2](#) und 3 SGB V bestand.

Die Arbeitsunfähigkeit ist unstreitig lückenlos vom 09.09.2019 bis 09.12.2019 durch Folgebescheinigungen belegt.

Der Berufung ist daher stattzugeben. Es besteht ein Krankengeldanspruch in der Zeit vom 09.09.2019 bis 09.12.2019.

Die Kostenentscheidung folgt aus [Â§ 193 SGG](#).

Die Revision wird wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen ([Â§ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG](#)).

Erstellt am: 17.12.2021

Zuletzt verändert am: 22.12.2024